

Freitag, 07. Februar 2025, Starnberger Merkur / Stadt Starnberg

# Ist die Demokratie in Gefahr?

VON PETER SCHIEBEL



Treffpunkt Schlossberghalle: Zur Podiumsdiskussion begrüßte Christiane Krinner (2.v.r.), Vorsitzende des Vereins „gemeinsam. demokratisch.bunt“, die Bundestagskandidaten (v.l.) Paul Friedrich, Carmen Wegge, Britta Jacob und Michael Kießling sowie Moderator Harald Stocker. © Andrea Jaksch

**Alle vier anwesenden Direktkandidaten einer Podiumsdiskussion in der Schlossberghalle sehen unsere Demokratie in Gefahr. Der Starnberger Verein „gemeinsam.demokratisch.bunt“ hatte zu dem Gespräch am Mittwochabend eingeladen. Etwa 120 Bürger waren dabei.**

**Starnberg** – Viermal „Ja“. Was in Casting-Shows im Fernsehen in der Regel positiv ist und das Erreichen der nächsten Runde bedeutet, stimmte bei der Podiumsdiskussion in der Starnberger Schlossberghalle am Mittwochabend nachdenklich. Denn auf die Eingangsfrage „Ist die Demokratie in Gefahr?“ von Moderator Harald Stocker antworteten die Bundestagskandidaten Michael Kießling (CSU), Carmen Wegge (SPD), Britta Jacob (Grüne) und Paul Friedrich (FDP) einmütig mit „Ja“.

Wenn man von etwas überzeugt ist, ist es das Recht der Opposition, ihr The-

ma einzubringen.

Michael Kießling (CSU)

Der Starnberger Verein „gemeinsam.demokratisch.bunt“ hatte zu der Diskussion die Direktkandidaten der Parteien eingeladen, die nach der Wahl am 23. Februar im Bundestag vielleicht eine Regierung miteinander bilden werden. Für die erkrankte Grünen-Kandidatin Verena Machnik sprang mit Britta Jacob ihre Kollegin aus dem Wahlkreis Dachau/Fürstentfeldbruck ein. Inwieweit die rund 120 Zuhörer neue Erkenntnisse gewannen, müssen sie selbst entscheiden, zumal Themen wie Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik oder Gesundheitspolitik weitgehend ausgeblendet waren.

Wie sie die vergangene Woche mit den Abstimmungen des Bundestages über die CDU/CSU-Anträge zur Migration erlebt hätten, wollte Moderator Stocker wissen. Für sie sei es „die schlimmste Woche gewesen, die ich je erlebt habe“, sagte SPD-Abgeordnete Wegge. Sie habe Kollegen weinen sehen, nachdem die Union mit der AfD gestimmt habe. Und sie könne CDU-Chef Friedrich Merz seitdem nicht mehr trauen. „Sollten wir es nicht schaffen, stärkste Fraktion zu werden, kann ich mir nicht vorstellen, Friedrich Merz zum Kanzler zu wählen.“ Der CSU-Abgeordnete Kießling sah es naturgemäß anders. Ankündigungen und Erklärungen zur Migrationspolitik habe es zur Genüge gegeben, nach Aschaffenburg sei es an der Zeit gewesen, auch etwas zu unternehmen, sagte er. „Wenn man von etwas überzeugt ist, ist es das Recht der Opposition, ihr Thema einzubringen.“

Während Britta Jacob von einem „historischen Tabubruch“ sprach, den die Union begangen habe, haben nach Ansicht von Paul Friedrich „alle Parteien des demokratischen Spektrums kein gutes Bild abgegeben“. Er kritisierte Merz' „Friss-oder-stirb-Mentalität“, zumal die Zahl der neuen Asylbewerber sinke. Und: „Aschaffenburg war primär nicht ein Problem der Migration, sondern der mangelhaften Betreuung von psychisch Kranken.“ Während Wegge die Pläne von CDU und CSU als rechtswidrig erachtete, wies Kießling darauf hin, dass es durch die Migration „in vielfältiger Weise eine Überanspruchung unserer Infrastruktur“ gebe.

Jacob und Friedrich betonten darüber hinaus, dass die deutsche Wirtschaft einen Fachkräftezuzug aus dem Ausland benötige. „Wir haben zu wenig Migration und müssen besser werden“, sagte Friedrich und betonte: „Wenn unsere Gesellschaft verrotzt und der Eindruck entsteht, nicht weltoffen zu sein,

ist das ein schlechtes Zeichen.“ Die AfD sei deswegen, aber auch wegen ihrer generellen Pläne, eine Gefahr für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland, erklärte Jacob.

Sollte die AfD verboten werden? Dreimal gab es vom Podium ein „Ja“, nur Kießling antwortete mit „Nein“, ergänzte aber: „Ich trage die Einschätzung über die AfD mit. Aber ich sehe die Schwierigkeit, dass wir nicht genügend gesicherte Beweismittel haben.“ Sollte der Verbotsantrag vor Gericht scheitern, sei das eine politisch schwierige Situation. Generell schaute der CSU-Politiker mit Sorge auf „Hass und Hetze“, die in der Gesellschaft geschürt würden. Ihm war es wichtig, auch auf „Gewalt aus der linken Ecke“ hinzuweisen. Diese sei genauso gefährlich wie jene von Rechtsextremen. Und noch etwas war ihm in dem Zusammenhang wichtig: „Ein Bündnis gegen rechts kann ich nicht unterschreiben, ein Bündnis gegen Rechtsextremismus schon.“

Ein Nährboden menschenverachtender Aussagen sind soziale Netzwerke. Sie sei „in hohem Maß“ von digitaler Gewalt betroffen, erklärte Wegge und betonte: „Ich zeige konsequent alles an, was bei mir landet.“ Der digitale Raum sei kein rechtsfreier Raum, allerdings benötige es ein digitales Gewaltschutzgesetz. „Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut“, sagte Friedrich und sprach sich gegen Verbote aus. „Aber wir sollten digitale Spielregeln aufstellen.“ Auf die Gefahr durch hybride Kriegsführung aus Russland und China in sozialen Medien wies Britta Jacob hin. „Das ist eine riesige Bedrohung, der wir uns stellen müssen.“

In der offenen Fragerunde wollte die Berger SPD-Kreis- und Gemeinderätin Elisabeth Fuchsberger von den Kandidaten wissen, wie sie das soziale Netz sichern wollen. Wegge sprach sich für eine Einführung der Vermögenssteuer für sehr Reiche bei gleichzeitiger Entlastung von „95 Prozent der Bürger“ sowie eine Reform der Erbschaftsteuer bei gleichzeitiger Anhebung von Freibeträgen aus. Friedrich wollte „Einkommen grundsätzlich entlasten“ und mehr Geld in Bildung investieren. Jacob favorisierte einen „Deutschlandfonds“. Während die SPD- und die Grünen-Kandidatin die Schuldenbremse reformieren wollten, lehnte Friedrich das kategorisch ab. „Das ist ein Garant für Generationengerechtigkeit.“